

ERMITTLUNGEN WEGEN "RASSISTISCHER TONSPUR"

Sprachnachricht des Stuttgarter Polizisten: Wird jetzt der Bote geköpft?



Von EUGEN PRINZ | Einer der Hauptgründe, warum sich die Politik und der größte Teil der Mainstream Medien mit dem Narrativ „Partyszene“ in Bezug auf die Stuttgarter Bürgerkriegsnacht komplett lächerlich gemacht haben, ist die Sprachnachricht eines der bei den Krawallen eingesetzten Polizeibeamten, die in den sozialen Netzwerken viral ging. Der Beamte ließ in dem Tondokument keinerlei Zweifel an der ethnischen Zusammensetzung des Mobs aufkommen, die er in zwei Worten zusammenfasste:

„Nur Kanacken!“

Ein YouTube-Video mit der Sprachnachricht wurde vom Betreiber der Plattform sofort gelöscht, weil es „gegen die Richtlinien zu Hassreden („Hate-Speech“) verstößt“. Aber das Internet vergisst nichts und Ausweichmöglichkeiten gibt es zur Genüge. Wer sich das Tondokument (nochmal) anhören will, kann das unter anderem hier tun.

Sprachnachricht authentisch

In seinem Artikel über die Sprachnachricht sprach der Autor noch vorsichtig von einem „mutmaßlichen“ Polizeibeamten, obwohl schon damals ziemlich klar war, dass die Aufnahme mit hoher Wahrscheinlichkeit authentisch ist.

Inzwischen haben wir Gewissheit. Wie die Stuttgarter Nachrichten unter der Schlagzeile „*Polizei ermittelt wegen rassistischer Tonspur in eigenen Reihen*“ berichten, ist in dieser Sache mittlerweile die Staatsanwaltschaft involviert und prüft die strafrechtliche Relevanz des Angelegenheit. Das Fachdezernat für Amtsdelikte bei der Stuttgarter Polizei ist mit möglichen dienstrechtlichen Verstößen im Zusammenhang mit der Aufnahme befasst. Gegenwärtig wird davon ausgegangen, dass der Beamte die Sprachnachricht per WhatsApp an einen Kollegen geschickt hat. Stefan Keilbach, der Pressesprecher des Polizeipräsidiums Stuttgart meint dazu:

„Es gibt keinen Grund, davon auszugehen, dass es nicht echt ist“

Auch der Urheber ist inzwischen bekannt

Wie die Stuttgarter Nachrichten weiter berichten, wurde bereits ein Beamter des Polizeipräsidiums Stuttgart als Urheber der Nachricht identifiziert. Jetzt wird überprüft, ob ein Fehlverhalten des Polizisten vorliegt. Aber:

„Unabhängig vom Ausgang der Überprüfung ist es ganz sicher nicht unser Stil und nicht in Ordnung, so über Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen“

(Stefan Keilbach, Pressesprecher des Polizeipräsidiums Stuttgart)

Was passiert nun mit dem Beamten?

Die interessante Frage lautet nun, mit welchen Konsequenzen der Polizeibeamte zu rechnen hat. Selbstverständlich kann man

zum gegenwärtigen Zeitpunkt darüber nur spekulieren. Fakt ist aber:

Jeder Beamte ist zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet und darf Dritte nicht über dienstliche Vorgänge informieren. Die Amtsverschwiegenheit gilt nach Auffassung des Autors auch gegenüber jenen Kollegen des eingesetzten Beamten, die mit dem Dienstgeschäft nichts zu tun haben.

Es könnte also hier mit dem Versand der Sprachnachricht ein Verstoß gegen beamtenrechtliche Bestimmungen vorliegen. Dieses mutmaßliche Fehlverhalten unterliegt dem Disziplinarrecht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Polizist in Kürze zu einer anderen Dienststelle abgeordnet werden und dort Dienst verrichten, bis endgültig über sein Schicksal entschieden ist. Böse Zungen würden das als „Strafversetzung“ bezeichnen.

Sollte der Beamte vom Dienst suspendiert werden, wäre dies ein Hinweis darauf, dass man seine Entlassung (Beamtendeutsch: „Entfernung aus dem Dienst“) anstrebt. Dazu müssten aber schon massive straf- und dienstrechtliche Vergehen nachgewiesen werden.

Politik und Medien werden eine große Rolle spielen

Auch wenn das niemand zugeben wird: Der politische und mediale Druck darf in so einem Verfahren nicht unterschätzt werden. Sollten sich Politik und Medien auf den Beamten einschließen, nach dem Motto: „Hängt ihn höher“, hat er sicherlich schlechtere Karten, als wenn die Sache angesichts der dramatischen Ereignisse des Einsatzes unter einem milden Licht betrachtet wird.

Was dem Polizisten sicherlich zum Nachteil gereicht, ist die von ihm verwendete Bezeichnung „Kanacken“ für Schwarze und Nafris, da er damit den pauschalen Rassismusvorwürfen gegen die Polizei Vorschub geleistet hat. Gut möglich, dass die Disziplinarbehörde schon allein deshalb kräftig hinlangt.

Welche Disziplinarmaßnahmen sind möglich?

Das Disziplinarrecht kennt als mildeste Maßnahme den Verweis. Dieser wird in die Personalakte eingetragen und kann sich negativ auf die nächste Beförderung auswirken. Ist der Verstoß gravierender, kann eine Geldbuße verhängt werden und bei noch schwereren Verstößen ist eine Kürzung der Dienstbezüge über einen bestimmten Zeitraum hinweg möglich. Für schwerste Verstöße sieht das Disziplinarrecht entweder die Zurückstufung (Degradierung) oder die Entfernung aus dem Dienst (Entlassung) vor. Die Zurückstufung wirkt sich über einen langen Zeitraum auf das Gehalt aus, ist aber immer noch besser als der Rauschmiss.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wissen wir noch zu wenig, um beurteilen zu können, ob und in welcher Art und Weise der Beamte belangt wird. PI-NEWS hält Sie auf dem Laufenden.

Jedenfalls haben wir es diesem Polizisten zu verdanken, dass die Wahrheit über die Vorgänge in Stuttgart sehr schnell ans Licht gekommen ist und das großangelegte Täuschungsmanöver von Politik und Medien zum veritablen Rohrkrepierer wurde.

Dafür gebührt dem Beamten unser aller Dank, auch wenn die Verbreitung der Nachricht wahrscheinlich nicht in seiner Absicht lag.

Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

Während sich die Verfehlung des Urhebers der Sprachnachricht wohl eher im disziplinarrechtlichen, als im strafrechtlichen Bereich bewegen dürfte, trifft das auf den Empfänger möglicherweise nicht zu.

Der Polizeisprecher will zwar nicht ausschließen, dass sich jemand widerrechtlich zu der Datei Zugriff verschafft haben könnte. Aber nach Auffassung des Autors ist es jedoch wahrscheinlicher, dass der Empfänger selbst die Sprachnachricht weiterverbreitet hat. Falls das so war, könnte

der § 201 Strafgesetzbuch zur Anwendung kommen, die „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes“.

Falls es sich beim Empfänger ebenfalls um einen Polizeibeamten handelt und dieser die Sprachnachricht ohne Einverständnis weitergegeben hat, könnte das für ihn strafrechtliche UND disziplinarrechtliche Folgen haben.

Es könnte gut sein, dass nach dem Motto: „Bestrafe einen, erziehe hundert“, dafür gesorgt wird, dass die Verbreitung der Wahrheit einen hohen Preis für die beiden Beteiligten hat. Man will ja sowas nicht einreißen lassen...



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» Twitter Account des Autors

» Spende an den Autor

Abonnieren Sie unseren Telegram-Kanal

PINEWS
t.me/PINEWS1



Stuttgart wird zu Chemnitz – Und wann kommt das Konzert gegen Rechts?



Von EUGEN PRINZ | Der Autor entstammt einer Generation, in der die tägliche Lektüre der Tageszeitung als unverzichtbarer Bestandteil der politischen Bildung und der Erweiterung des Allgemeinwissens angesehen wird.

Folgerichtig ist er seit vielen Jahrzehnten Abonnent einer der insgesamt 16 Regionalzeitungen der Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung, kurz „idowa“ (Isar, Donau, Wald). Mit einer verkauften Auflage von gut 112.000 Exemplaren deckt diese Mediengruppe große Teile des ostbayerischen Raums ab.

Links-grüner Zeitgeist in den Redaktionsstuben

Mit dem altersbedingten Ausscheiden jener Redakteure, die als journalistische Wegbegleiter von Franz-Josef Strauß auch

dessen politische Ansichten teilten, hielt der links-grüne Zeitgeist als hässlicher Begleiter des journalistischen Nachwuchses Einzug in die Redaktionsstuben. Seither werden dem Leser ideologische Parallelwelten vorgegaukelt, wo über die Realität berichtet werden sollte. Die Macher der Zeitung, bis hinauf zum Herausgeber Dr. Martin Balle, scheinen es inzwischen als ihre vornehmste Pflicht zu sehen, das Denken ihrer Leser zu betreuen, statt nüchtern und sachlich darüber zu berichten, was auf der Welt passiert und pflichtgemäß dazu alle relevanten Details zu liefern.

Viel schreiben ohne gut zu informieren

Die Seite drei jeder Ausgabe der Tageszeitung ist grundsätzlich einem Schwerpunktthema vorbehalten. In der Dienstagsausgabe war dies die Bürgerkriegsnacht in Stuttgart. Der Tenor: „Betrunkene Partygänger sind ausgetickt, wahrscheinlich auch wegen Corona“. Das wenige, das zum ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen preisgegeben wurde, findet sich gut versteckt im letzten Drittel eines langen Berichtes:

„Alkohol und Drogen hätten bei vielen Männern die Sicherung durchbrennen lassen. Darunter seien Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund gewesen, genauso wie Ausländer“.

Leider informieren sich die meisten Menschen nur aus der Tagesschau und Blättern wie idowa. Deshalb gehen sie solchen Meisterstücken der Lückenberichterstattung auf den Leim. Was den aufgeklärten Menschen da nur bleibt, ist ein Kopfschütteln und Fremdschämen für den Berufsethos solcher Redakteure. Und es kommt noch schlimmer.

Selbst diese bis an die Grenze der Lüge schöngefärbte Darstellung der Vorgänge in Stuttgart, war offenbar schon ein zu großes Opfer für die Politikommissare in den Redaktionsstuben von idowa.

Eine Kompensation musste her und diese folgte auf dem Fuß:

Was hinter dem Aktionsbündnis steckt

Das sogenannte Aktionsbündnis Niederbayern (ABN) erscheint seit Mitte 2019 im Lichte der Öffentlichkeit. Es ist laut Rechtsweitzmann-Berliner Jan Nowak eine Art letzte neue organisatorische Struktur Bildung hatte sich die Aktivität auf die sozialen Netzwerke beschränkt. Seit April 2020 beteiligen sich Mitglieder an Protesten gegen eine vermeintliche Corona-Diktatur.

Bei Kundgebungen in München und Cham haben Nowak und andere Rechtsextreme Vertreter des Bündnisses geführt. In Deggendorf war das ABN gar führende Kraft. Im Augusten orientieren sich die jungen Männer am Stil der autonomen Nationalisten. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sieht im ABN einen Zusammenschluss lokaler Rechtsextremisten. Offenbar fällt es das Vakuum, das geschwächte rechtsextreme Organisationen wie der Dritte Weg hinterlassen. Dessen Stützpunktleiter Walter Strohmann trat jüngst von seinem Posten zurück - wohl, um einer Verurteilung, beschuldigt das LfV diese Entwicklung.

Das ABN bekennt sich offen zum Nationalsozialismus und ehrt dessen Schergen. Der Zusammenschluss orientiert sich an Internet mit Holocaust-Leugnern und hat um Spenden für den australischen Minister des Kanceler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Nowak meckert das ABN dem militanten Neonazismus zu, der die Terrornetzwerk „Combat 18“ unterstützt. Eine Einbindung in die Bekenntnisse ist dem LfV nicht bekannt. (sk)



ABN-Vertreter auf einer Demo in Cham. „The White Race“ steht auf einem der T-Shirts. Foto: Nowak

Was ist Rechtsextremismus?

Was ist eigentlich Rechtsextremismus? Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) hat da eine ganz klare Definition: „Von Rechtsextremismus sollte nur dann die Rede sein, wenn das völkische und das nationalsozialistische Denken jeweils stark ausgeprägt sind und sich als zwei Seiten ein und desselben Medalters zu einem integralen und geschlossenen Weltbild verbinden, das sich diametral gegen die Grundprinzipien der Demokratie richtet.“ Der Verfassungsschutz fasst seine Definition nicht ganz so weit. Der nicht diktator Gruppen, die gegen die deutlich demokratische Grundordnung im Widerstreit stehen, so die BpB.

Dazu zählen etwa die Fronte National (FN), zwischen 2008 und bis zum Verbot im Jahr 2014 waren dies Zusammenschlüsse von Neonazi-Kameradschaften, mit dem Ziel, sich bis zum Ende zu verorten. Es sollte in eine Route für die Mobilisierung werden. In der Folge von Verbot und Zerschlagung der Fronte National etablierte sich in den vergangenen Jahren die Kampfpartei Dritte Weg. Sie steht klar in der Tradition des historischen Nationalsozialismus. Anhänger der NPD und ehemalige Kameradschaftsmitglieder gründeten sie. Zur letzten Kampfabteilung sollte die Gruppierung eine Kampfabteilung. (sk)



Unterwandert

Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen in Ostbayern als Bühne für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Die Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Die Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Die Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazis nutzen die Corona-Demonstrationen für ihre Propaganda. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche. Die Neonazis nutzen die Stimmung bei Corona-Demonstrationen für die eigene Sache aus. Ein neues Netzwerk Rechtsextremer geht dabei in Ostbayern gezielt auf Mitgliedersuche.

Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ verboten

Adolf Hitler als Vorbild, Hass auf Juden: Nun rückt die Polizei bei den Rechtsextremisten an

Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an. Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an.

Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an. Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an.

Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an. Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an.

Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an. Die Neonazi-Gruppierung „Nordadler“ ist verboten. Die Polizei rückt bei den Rechtsextremisten an.

Die komplette Seite drei der idowa-Mittwochs Ausgabe wurde mit Artikeln über Neonazis und Rechtsextremisten, zu denen sich die böse AfD gesellt, zugespästert. Corona-Demos würden von dieser Klientel gekapert und ein gewisser Jan Nowak, von der „mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern“, bekam die Gelegenheit, rufschädigende Behauptungen über die AfD-Landtagsabgeordnete Katrin-Ebner Steiner zu verbreiten. Den Nachweis für die Richtigkeit bleibt das Blatt jedoch schuldig. Es ist nur von den „Recherchen des Experten“ die Rede.



Chemnitz lässt grüßen

Und so wird nach der Methode, die sich schon damals bei dem feigen Mord an Daniel Hillig in Chemnitz bewährt hat (Stichwort: „Hetzjagden“), sofort mit der Nazi- und Rechtsextremismus-Keule drauf gehauen, um auf Biegen und Brechen die wahren Probleme unseres Landes weiterhin unter den Teppich kehren zu können.

Das ist Journalismus in Deutschland des Jahres 2020.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative

Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» Twitter Account des Autors

» Spende an den Autor



Die unbrauchbaren Vorschläge im Kielwasser der Bürgerkriegsnacht



Von EUGEN PRINZ | Wie zu erwarten war, spült das Kielwasser der Bürgerkriegsnacht von Stuttgart wieder alle möglichen Politiker an die mediale Wasseroberfläche, die sich gegenseitig in ihren Forderungen nach harten Konsequenzen überbieten. Als Forum für ihr verbales Brusttrommeln stellt sich die BILD mit der Schlagzeile „Nach der Schande von

Stuttgart – Diese 5 Dinge müssen sich JETZT ändern“ zur Verfügung.

Bevor wir diese fünf Vorschläge näher betrachten und auf ihre Praxistauglichkeit prüfen, sollten wir uns die Zielgruppe nochmals deutlich vor Augen führen. Wer waren die „Partygänger“ der Bürgerkriegsnacht?

Ross und Reiter

Lassen wir dazu als erstes einen der in der Bürgerkriegsnacht eingesetzten Polizeibeamten zur Wort kommen, der in einer Sprachnachricht unter dem Eindruck der Ereignisse seiner Betroffenheit Luft machte. Er ließ dabei keine Zweifel über den ethnischen Hintergrund des polizeilichen Gegenübers aufkommen: „Nur Kana...!„. Da bleibt wenig Spielraum für Interpretationen.

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, der als einziges Mitglied der Grünen ab und zu mal Realitätssinn beweist, schreibt auf seiner Facebook-Seite nach Sichtung des relevanten Bildmaterials:

„Diese „Partyszene“ weist einige Besonderheiten auf. Maske trägt so gut wie niemand. Mindestabstand ist selten. Frauen kann ich allenfalls als Minderheit unter 10% vermuten. Alle anderen sind junge Männer. Von diesen wiederum haben nahezu alle ein Aussehen, das man im Polizeibericht als „dunkelhäutig“ oder „südländisch“ beschreiben würde. „weiße Männer“ kann ich kaum entdecken.“

Und Hans-Jürgen Kirstein, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg, lässt uns wissen:

„Es sieht danach aus, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund vorn bei den Randalen mit dabei waren.“

(Quelle)

Den Tatsachen ins Auge sehen

Es gilt also, zunächst die Tatsache anzuerkennen, dass sich die marodierende Horde vor allem aus Flüchtlingen, Ausländern, Deutschen mit Migrationshintergrund und einer Minderheit von biodeutschen Mitläufern zusammengesetzt hat.

Nun zu den Vorschlägen, die unsere schlaunen Politiker via BILD als Beruhigungspillen ans Wahlvolk verteilen:

Härtere Strafen

Das vermeintliche Allheilmittel. CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak und Ex-Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) setzen auf Härte Strafen und „Abschreckungs-Urteile“.

Laut Ziemiak soll die Mindeststrafe für Angriffe auf Polizisten von drei auf sechs Monate Haft steigen. Wer Einsatzkräften auflauert und sie vorsätzlich attackiert, soll für mindestens ein Jahr in den Knast.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Es muss jedem einzelnen Festgenommenen anhand von Zeugenaussagen oder Videoaufnahmen genau nachgewiesen werden, was er getan hat. Dies gestaltet sich in den massiven Turbulenzen einer Bürgerkriegsnacht äußerst schwierig. Der Videobeweis scheitert meist an der Vermummung. Das beste Beispiel hierfür sind die Krawalle anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg, wo es nur zu einer Handvoll von ernst zu nehmenden Verurteilungen kam, obwohl Teile der Hansestadt in Schutt und Asche gelegt wurden.

Fazit: Es scheitert meist an der Beweisführung und deshalb bewirkt auch ein höheres Strafmaß nichts. Zudem muss der Richter erst einmal davon Gebrauch machen. Die fast ausnahmslose Anwendung von Jugend- statt Erwachsenenstrafrecht bei 18 bis 21-Jährigen Straftätern durch die deutsche Justiz spricht Bände.

Schnelle Urteile

Ex-Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) und der „CDU-Innenexperte“ Armin Schuster fordern beschleunigte Ermittlungsverfahren, keine Deals, sondern Hauptverhandlungen – auch für Ersttäter. Und das innerhalb von vier Wochen. *„Das Sprichwort ‚Die Strafe folgt auf dem Fuße‘ muss wieder Realität werden“*, fordert Gabriel in der BILD.

Hier haben wir den selben Pferdefuß wie bei den „härteren Strafen“: Es scheitert an der praktischen Umsetzbarkeit: Ohne Beweise keine Verurteilung – auch keine „schnelle“.

Angreifer abschieben

Da ist er wieder, der Klassiker, der Running Gag der deutschen Innenpolitik. Auf das Tablett gebracht von „Innenpolitiker“ Michael Kuffer (CSU).

Wenn der Autor das Wort „Abschiebung“ aus dem Wort eines Politikers hört, bekommt er einen Ausschlag. Wer wissen möchte warum, kann sich die beiden Artikel „Die Abschiebung – der zahnloseste aller Tiger“ und „Abschiebung – seit 29 Jahren der Running Gag der deutschen Innenpolitik“ zu Gemüte führen.

Wem das zu mühselig ist, hier die Kurzfassung: Ist der „Schutzsuchende“ erstmal in Deutschland, bringt man ihn in der Regel nicht mehr los, egal was er anstellt. Bestes Beispiel: Der festgenommene somalische Tatverdächtige ist ausreisepflichtig, konnte aber nicht abgeschoben werden.

Innenstädte sichern

Jetzt ist Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) an der Reihe:

Videoüberwachung, nächtliche Verbote von Alkohol und Glasflaschen auf öffentlichen Plätzen und Aufenthaltsbeschränkungen.

PI-NEWS Autor Cantaloop hat in seinem Beitrag dazu schon alles geschrieben, was es zu sagen gibt. Videoüberwachung und

Verbote sind also der Lohn dafür, dass man als Mehrheitsgesellschaft so genannte „Geflüchtete“ aufgenommen und alimentiert hat. Herzlichen Dank auch.

Solidarität mit Polizisten

„Unsere Polizei benötigt eine breite politische und gesellschaftliche Unterstützung für ihren schweren Dienst – und kein grundloses, pauschales Misstrauen.“

... fordert Wolfgang Bosbach (CDU) in der BILD.

Da hat er Recht, der alte, konservative Haudegen. Doch leider weht der Zeitgeist aus einer anderen Richtung, wie man hier und hier nachlesen kann. Aber warten wir mal ab, ob Bundesinnenminister Seehofer als oberster Dienstherr der Bundespolizei diesen Worten Taten folgen lässt, seiner Fürsorgepflicht nachkommt und das „Es“ von der TAZ wegen Volksverhetzung anzeigt. PI-NEWS Autor Wolfgang Hübner hat da seine Zweifel, die vom Verfasser dieses Artikels vollumfänglich geteilt werden.

Ein Blick in die Zukunft

Können Sie sich noch daran erinnern, wie groß der Aufschrei damals beim G20-Gipfel in Hamburg war, als die Antifa ganze Straßenzüge der Hansestadt in Schutt und Asche legte? Und was waren die politischen Folgen? Nichts, null, zilch.

Seither sind dutzende von anderen medialen Säuen durchs Dorf getrieben worden und nach der Gewaltorgie der Antifa in Hamburg kräht kein Hahn mehr.

Im Falle der hauptsächlich von Flüchtlingen und Migranten angezettelten Bürgerkriegsnacht in Stuttgart könnte es jedoch anders sein. Hier besteht eine große Wiederholungsgefahr. Vielleicht jetzt nicht gleich wieder in Stuttgart, denn die Schwabenmetropole wird in den nächsten Monaten zu einer Garnisonsstadt mutieren, aber es gibt ja noch andere

migrantenlastige Ballungszentren in Deutschland. Es bleibt spannend...



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» Twitter Account des Autors

» *Spende an den Autor*



Sprachnachricht eines mutmaßlichen Stuttgarter Polizisten: „Nur Kana...!“



Von EUGEN PRINZ | **UPDATE** | Wäre die Lage nicht so ernst, könnte man sich darüber amüsieren, mit welcher Wortakrobatik gegenwärtig versucht wird, den ethnischen Hintergrund der etwa 500 Protagonisten der Bürgerkriegsnacht in Stuttgart zu verschleiern. Da ist von „Menschen“, „jungen Männern“, „Kleingruppen“ und „Akteuren der Party- und Eventszene“ die Rede.

Lediglich die *BILD*, die in letzter Zeit schon des Öfteren die im Pressekodex festgelegte Omerta durchbrochen hat, nennt Ross und Reiter.

Festgenommene hauptsächlich Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund

Wir erfahren aus der *BILD*, dass zwölf der 24 vorläufig Festgenommenen Ausländer sind, darunter auch Personen aus dem Iran und Irak, aus Somalia und Afghanistan. Sie sind demnach als „Schutzsuchende“ nach Deutschland gekommen – jetzt müssen wir vor ihnen Schutz suchen.

Dazu kommen noch drei Deutsche mit Migrationshintergrund und neun offenbar „Biodeutsche“.

Natürlich stellen die 24 Festgenommenen keinen repräsentativen Querschnitt der insgesamt etwa 500 Landfriedensbrecher dar.

Doch auch hier sind wir nicht auf Mutmaßungen angewiesen. Es existiert genug Videomaterial, um anhand des Aussehens der Protagonisten beurteilen zu können, dass das Gros einen Migrationshintergrund hat. Zudem ist in allen Videos nur das gutturale, bellende „Migranten-Deutsch“ zu hören. Mit einer Ausnahme: Bei Minute 2:05 ist in „normalem Deutsch“ zu hören:

„Hör doch auf, Mann!“

Die Aufforderung des mutmaßlichen Biodeutschen richtet sich an einen der Marodeure, der gerade mit einem Knüppel sämtliche Scheiben eines Polizeifahrzeugs einschlägt.

Zudem sieht man in den Videos Schwarze, die Steine werfen, junge „Südländer“ mit Bart und es wird „Allahu akbar“ gerufen. Erneut ist es die *BILD*, die sich nicht scheut, über diese Tatsache zu berichten.



Erbärmlich...

Sprachnachricht eines mutmaßlichen Polizeibeamten

Wer trotzdem noch Zweifel hegt, dem sei die im Beitragsvideo zu diesem Artikel enthaltene Sprachnachricht ans Herz gelegt, die mutmaßlich von einem Stuttgarter Polizeibeamten stammt,

der in der Bürgerkriegsnacht eingesetzt war.

Die derzeit viral gehende Sprachnachricht dürfte authentisch sein, denn im Hintergrund hört man den Polizeifunk und der Sprecher weist sich zweifellos auch über seine Sachkenntnis als Polizeibeamter aus. Mit drastischen Worten schildert er die Situation:

„Es ist ein Wunder, dass es noch keine toten Kollegen gibt, denn das ist Krieg. Wir befinden uns grad heut Nacht wirklich im Krieg. Ich übertreibe nicht.“

(Minute 5:00 des Beitragsvideos)

Auch über den ethnischen Hintergrund der Landfriedensbrecher lässt er den Adressaten seiner Sprachnachricht nicht im Unklaren:

„Nur Kana...!“

(Minute 5:15 des Beitragsvideos)

PI-NEWS distanziert sich zwar von dieser Wortwahl, allerdings hat der Autor größtes Verständnis für die psychische Ausnahmesituation, in der sich der mutmaßliche Polizeibeamte zu diesem Zeitpunkt befand. Dass man da nicht jedes Wort auf die Goldwaage legt und sich mal im Ton vergreift, ist menschlich verständlich und nachvollziehbar.

Parallelen in der Berichterstattung zur Kölner Silvesternacht

Ein Gutes hat es jedenfalls:



Wir sind nun aus erster Hand über die ethnische Zusammensetzung des Mobs informiert und die etablierten Politiker und ihre Hofberichterstatter bei den Mainstream Medien sind mit ihrem Versuch, diese zu verschleiern, krachend gescheitert.

Der Vorgang erinnert fatal an die anfängliche Berichterstattung der Mainstream Medien zur Kölner Silvesternacht 2015, als ebenfalls versucht wurde, diesen unfassbaren Vorgang unter den Teppich zu kehren. Ein Versuch, der nicht zuletzt dank der Alternativen Medien vereitelt wurde.

Lämmerpolizei für Wölfe

In jedem Land der Welt ist grundsätzlich das polizeiliche Einschreiten auf die jeweilige Mentalität der Bevölkerung abgestimmt. In Deutschland haben wir eine Lämmerpolizei für eine Herde von etwa 63 Millionen Schäfchen, sprich: indigene Deutsche. Die Lämmerpolizei hat die Schafherde gut im Griff. Das gewisse Laissez-faire im Einschreiten der Polizisten und in unserem Rechtssystem führt nicht dazu, dass die Schäfchen allzu übermütig werden, zumal man ihnen durch die rigorose Verfolgung von Bagatellen wie Falschparken, Verweigerung der GEZ Gebühr oder die verspätete Abgabe der Steuererklärung die Allmacht des Staates vorgaukelt.

Doch was passiert, wenn sich die Bevölkerungsstruktur in einem relativ kurzen Zeitraum ändert und zahlreiche Wölfe ins Land der Schafe kommen?

Diese Frage hat der Autor bereits im Jahr 2018 gestellt. Die Antwort des Systems sieht so aus:



Nordrhein-Westfälische
Polizeibeamte üben sich in Demut
und Unterwerfung

Da braucht sich wirklich niemand zu wundern, dass der Stuttgarter Migranten-Mob und seine biodeutschen Mitläufer alle Polizeibeamten als Luschen betrachten und dementsprechend „aufdrehen“.

Und in der Tat: Was sind 24 Festnahmen angesichts eines 500 Mann starken, gewalttätigen Mobs? Und die 24 Festgenommenen sind noch lange nicht verurteilt.

Wenn wir nicht bald einen Politikwechsel um 180 Grad hinbekommen, werden wir sehr „interessanten“ Zeiten entgegen sehen.

UPDATE 22.06.20, 14.20 Uhr

„Es sieht danach aus, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund vorn bei den Randalen mit dabei waren.“

*(Hans-Jürgen Kirstein, Landeschef der Gewerkschaft der Polizei
BW; Quelle)*



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

*Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative
Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter
diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem
politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die
chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.*

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» Twitter Account des Autors

» Spende an den Autor

